

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

202 (30.8.1912) Unterhaltungsblatt zum Volksfreund, Nr. 65

Unterhaltungsblatt zum Volksfreund.

Nr. 65.

Karlsruhe, Freitag den 30. August 1912.

32. Jahrgang.

Inhalt der Nr. 65:

Der Panamakanal. — Reiseplaudereien. — Alerlei. — Für unsere Frauen. — Literatur.

Der Panamakanal.

Dem „Hamburger Echo“ entnehmen wir folgende lesenswerte Darlegung: Wenn man sich erinnert, welchen Eindruck vor dreihundert Jahren die Eröffnung des Suezkanals auf die Kulturwelt gemacht hat, so darf man von der bevorstehenden Eröffnung des Panamakanals eine um so größere Wirkung erwarten. Denn dies zentral-amerikanische Kulturwerk, welches den Atlantischen Ozean mit dem Stillen Ozean verbindet, ist von weitester Bedeutung, als jenes ägyptische, das die Verbindung des Mittelmeeres mit dem Roten Meer hergestellt hat. Der Panamakanal ist zugleich ein Zeichen der Macht und Energie des nordamerikanischen Kapitalismus. Denn der Gedanke des Suezkanals war sehr alt, aber es dauerte Jahrhunderte, bis er vollendet wurde. Seine Kosten betragen gegen 500 Millionen Franken. Der Gedanke eines Durchstichs der Landenge von Panama wurde etwa ein halbes Jahrhundert nach der Entdeckung Zentralamerikas von den Spaniern aufgenommen, aber der fromme Philipp II. verbot das Unternehmen bei Todesstrafe, weil es „gegen die göttliche Weltordnung“ sei. Die Sache ruhte nun, abgesehen von einigen durch Alexander von Humboldt, Bolivar und andern veranlaßten Vermessungen, bis Lesseps, der auch zu dem Suezkanal die Anregung gegeben, die Sache in die Hand nahm. Hier sollte ein großes Beispiel gegeben werden, welche Hindernisse einem für die Menschheit hochwichtigen Kulturwerk durch die vom Kapitalismus unzertrennliche Korruption bereitet werden können. Die Panama-Aktien-Gesellschaft brachte 618 Millionen Franken zusammen, die zum größten Teil aus den Ersparnissen kleiner Leute bestanden; die Kosten des Kanals waren auf 675 Millionen veranschlagt. Aber der Vorschlag war ganz falsch und die Arbeiten schritten nicht vorwärts. Das Klima und das gelbe Fieber erwiesen sich als schlimme Feinde des Unternehmens. Beamte und Arbeiter starben in Masse dahin.

Aber während sich die Proletarier scharenweise für das Unternehmen opfern mußten, spielten sich unter den oberen Zehntausend zu Paris wilde Börsenorgien ab. Die Kapitalien der Panamagesellschaft schwanden; man wollte neue Obligationen für 720 Millionen Franken ausgeben, aber die Masse ließ sich nicht mehr schröpfen, und so frachtete die Panamagesellschaft rettungslos zusammen. Der darauf folgende Panamaprozess ließ einen Blick in den Abgrund von Schwindel und Korruption tun, in den das Unternehmen versunken war. Man hatte etwa 320 Millionen Mark verwendet, für Verwaltungskosten, Zinsen und Bestechungen; Minister andere Beamte, Abgeordnete und Journalisten waren bestochen worden. Es erfolgten verschiedene Verurteilungen, und da man fürchtete, der immer mehr anwachsende Skandal werde schließlich die Republik untergraben, so stellte man die Untersuchungen ein; sie wurden noch einmal zum Teil erneuert, als der nach England geflüchtete „Panamist“ Arton Enthüllungen gemacht hatte.

Nach diesem Skandal, der alle Schäden und Schattenseiten des modernen Kapitalismus bloßgelegt, aber nicht verhindert hatte, daß viele der Kompromittierten, nachdem etwas Gras darüber gewachsen, wieder zu Ehren und Würden kamen, trat ein Stillstand in dem Unternehmen ein. Es erwuchs aber ein Konkurrenzunternehmen in dem Nicaraguakanal. Da erdienen die Pankekapitalisten der nordamerikanischen Union die Sache geeignet, um ihre Hände hineinzustrecken. Sie fühlten sich längst reif zu politischen Eroberungen; die Bundesregierung hat nur ihre Befehle zu vollziehen. Dies konnte man im kubanischen Kriege sehen, wo die Pankees als „Befreier“ maskiert auf-

traten; man sah es auch bei der letzten mexikanischen Revolution. Diese Leute verstehen es, aus allen Blüten Honig zu saugen. In der Panamaangelegenheit können sie für sich geltend machen, daß sie für ein enormes Kulturwerk eingetreten sind, welches auszuführen andere sich nicht fähig erwiesen haben. Daß die Pankees bei dem nachher daraus erwachsenden Gewinn etwa zu kurz kommen könnten, darum braucht niemand bange zu sein. Sie bereiten sich schon vor, den Rahm abzuschöpfen. Dies sieht man schon aus der Art und Weise, wie sie es mit den Abgaben für die Durchfahrt halten wollen. Die Kosten des Kanals werden wohl ausschließlich — mit der Zeit — die Nichtamerikaner aufbringen. Nachdem die Union sich für den Panamakanal ausgesprochen und damit das Konkurrenzunternehmen des Nicaraguakanals lahmgelegt hatte, zeigte sich in Panama eine „revolutionäre“ Stimmung, die natürlich von der Union eifrig gefördert wurde. Unter ihrem Schutze trat Panama aus dem Staatsverband von Kolumbien aus und erklärte sich zu „unabhängigen Republik“. Als bald kaufte die Union die neue Republik für zehn Millionen Dollar an, und damit hatte sie sich auch die Machtstellung an dem künftigen Kanal gesichert. Diese Eroberung eines kleinen, aber wichtigen Gebiets war von der vorteilhaften Erscheinung begleitet, daß sie keinen Tropfen Blut kostete.

Nachdem die Union den Bau des Kanals übernommen, ging es rasch vorwärts. Die Franzosen hatten nur das Beispiel gegeben, was die privatkapitalistische Spekulationsmut und Profitgier alles verderben kann. Die kapitalistische und sonstige Korruption ist zwar in der Union noch größer als in Frankreich, das sieht man in diesem Augenblick, wo enthüllt wird, daß die Polizei in New York mit Glückspielern und Verbrechern unter einer Decke spielt. Aber der Bau des Panamakanals konnte schon darum mit Energie durchgeführt werden, weil er der Kapitalistenwelt nachher einen sichern und großzügigen Gewinn bringt. Darum hat man in dem ungesunden Landstrich von Panama auch für hygienische vorbuhende Maßregeln gesorgt und das gelbe Fieber verbannt. So steht man nun vor der Vollendung des großen Werkes, und die Pankeeschaft wird nicht verfehlen, der Mittelwelt keinen Zweifel darüber zu lassen, daß der Panamakanal nur eine Etappe ihres großimperialistischen Eroberungs zuges ist. Als der Suezkanal eröffnet wurde, nahmen viele Feindschaften daran teil und taten sich bei den Feierlichkeiten hervor. Wenn der Panamakanal eröffnet werden wird, so werden es die Herren Pankees schon verstehen, Klarheit darüber zu verbreiten, daß die Admirale des Atlantischen und des Stillen Ozeans weder in Berlin, noch in Petersburg wohnen.

Die Vorteile des Suezkanals fallen nunmehr für Europa der Union gegenüber kaum mehr ins Gewicht, was die Länder des Stillen Ozeans betrifft; da hat die Union einen mächtigen Vorsprung voraus. So ist, um nur ein Beispiel anzuführen, der Seeweg von New York nach San Francisco über Panama mehrere tausend Seemeilen kürzer als durch den Suezkanal, als um Kap Horn.

Zwei große Veränderungen werden sich da vollziehen. Der Westen Nordamerikas wird nunmehr erst richtig aufgeschlossen werden, desgleichen wird sich der Handel mit den Rohstoffen Südamerikas rasch beleben. Daß, wie vielfach vermutet, auch eine Verbilligung des Getreides mit vorteilhafter Rückwirkung auf unsere Feuerungsstände eintreten werde, wird von verschiedenen Seiten stark bestritten. Es wird am besten sein, dies abzuwarten.

Während so in der Union und auf dem amerikanischen Kontinent selbst eine Menge natürlicher Reichtümer dem Handel und der Industrie zugeführt werden, wird der Handel mit China und Japan zum wesentlichen Teil an Nordamerika übergehen. Die Staaten des amerikanischen Kontinents werden sich enger zusammenschließen und unter Führung der Union eine handelspolitische Einheit bilden.

72 Armenpflegerinnen und eine Armenkommissionsvorsteherin. In der Waisenflege sind in Preußen circa 4200 Frauen in 124 Orten tätig. Davon entfielen auf Berlin 554 ehrenamtliche neben 12 besoldeten und 30 von der Polizei angestellten Ziehkinderpflegerinnen.

Da das Bürgerliche Gesetzbuch in Deutschland den Frauen das Recht einräumt, allgemeine Vormünderinnen zu werden, so soll im Anschluß an die Mitwirkung der Frau in der Armen- und Waisenflege auch ihre Tätigkeit als Vormund erwähnt werden. Leider ist die Zahl der weiblichen Vormünder noch gering. Obenan steht hier auch wieder Berlin mit etwa 250. In Münster werden von einer Frau 30 Vormundschaften geführt, in Berlin führen einzelne Frauen bis zu 12. Die weiblichen Vormünder, die wir hier im Auge haben, beziehen sich nur auf Frauen, die für ihnen verwandtschaftlich fernstehende Kinder als Vormünder bestellt werden. Außer diesen können ledige Mütter noch in allen Fällen als Vormund für ihr uneheliches Kind ernannt werden. Wo dies aber nicht geschieht, empfiehlt sich — ebenfalls wieder im Interesse der Minder — die weitere Heranziehung von Frauen als Vormünder. Da die Beschaffung geeigneter männlicher Vormünder häufig auf Schwierigkeiten stößt, begrüßen selbst Waisenträte und Vormundschaftsrichter das Eintreten der Frau als Vormund. Für den pflegerischen Teil dürfte sich die Frau mehr eignen wie der Mann, und was die übrigen Pflichten anbetrifft, so haben sich die Vormünderinnen, wie aus einer Umfrage des Verbandes für weibliche Vormundschaft in Berlin hervorgeht, als außerordentlich gewissenhaft bei Ausübung ihres Amtes gezeigt und nehmen sich der Minder wie auch der Mindermütter sorglich an.

Der Vormundschaft reiht sich die Jugendfürsorge an. Ist doch statistisch nachgewiesen, daß ein großer Teil der Kinder, die dem Jugendgericht verfallen, unehelich geboren, verwaist oder verlassen waren. Gätten sie einen guten Vormund gehabt, der sich ihrer stets fürsorglich angenommen hätte, so würde wohl manches Kind vor einem Schritt bewahrt geblieben sein.

An der Gemeinde könnte die Tätigkeit der Frau noch mehrfach in Betracht kommen. Da wäre beim Schulwesen auf die Heranziehung der Frau zum Schulvorstand hinzuweisen. Das preußische Gesetz betreffend den Unterhalt der öffentlichen Volksschulen vom Jahre 1908 ermöglicht die Zuziehung der Frau zur Schulkommission. Hierin haben auch schon einige Städte Gebrauch gemacht. Lehrerinnen können auf Grund gesetzlicher Bestimmungen nicht allein in Preußen, sondern ebenfalls in einigen anderen Bundesstaaten in den Schulvorstand gewählt werden. Dagegen ist die Heranziehung der Frauen als Mitglieder der Gemeinde noch nicht überall vorgeesehen. Nebenbei soll bemerkt werden, daß in einzelnen Städten, z. B. Breslau, Charlottenburg, Frankfurt, bereits Frauen als Schularztinnen fungieren. Ebenso haben mehrere Städte Polizeiassistentinnen angestellt, dann kommen Frauen in Halle a. S., Offenbach a. M. und Worms als Wohnungsinspektorinnen in Frage. Die Berichte derselben über mangelhafte, ungesunde Wohnungen usw. haben uns schon zur Genüge bewiesen, in welcher praktischer Weise auch auf diesem Gebiete Frauen ihre Tätigkeit zu entfalten vermögen. Vereinzelt sind weiter Frauen tätig bei städtischen Arbeitsnachweisen, in Krankenhauskommissionen, bei den Fürsorgestellen für Lungentranke, Säuglingsheimen, Kinderbewahranstalten, Siechenhauspflege usw.

Aus alledem ergibt sich, daß für die Tätigkeit der Frauen in den Gemeinden noch ein großes Arbeitsfeld offen steht. Wie rüchständig sich noch manche Gemeinden der öffentlichen Gesundheitspflege, der Sozialpolitik, dem Bildungswesen, den Lungenfürsorgestellen, den Einrichtungen zum Schutze der Frauen während der Schwangerschaft, Geburt, Wochenbett, Permittenzen für Schwangere, Wöchnerinnenheimen usw. gegenüber verhalten, dürfte hinlänglich bekannt sein. Gaben nun auch die Frauen das Gemeindevahlrecht noch nicht, außer in Oldenburg, wo im letzten Jahre das passive kommunale Frauenwahlrecht errungen worden ist, so sehen wir, daß man die Frauen doch schon mehr zur Mitarbeit herangezogen hat. Solange man die Frauen noch vom Wahlrecht ausschließt, wird es Aufgabe der Stadtverordneten bzw. Gemeindevorsteher sein, dafür einzutreten, die Frauen zu den in diesem Aufsatz erwähnten Ämtern resp. Einrichtungen heranzuziehen.

Unsere prinzipielle Forderung: heraus mit dem Gemeindevahlrecht, sowie dem Wahlrecht zu allen gesetzgebenden Körperschaften für die Frauen, soll immer wieder und bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck vertreten werden.

Die Gräfin auf dem Rückzuge. Die Gräfin Cecilie Meyersing-Mautenburg hat vor ein paar Wochen in der „Kreuzzeitung“ die Bemerkung gemacht, daß die Sozialdemokraten als Produkte mangelhafter Erziehung schlechte Mütter gehabt haben müßten. Diese Dreistigkeit einer adeligen Standesperson ist von den Söhnen und Töchtern der „schlechten Mütter“

mit der nötigen Entschiedenheit zurückgewiesen worden. Jetzt merkt die Gräfin selbst, was sie mit ihrem Wort angerichtet hat und sendet der „Kreuzzeitung“ folgende Erklärung:

„Infolge meines Artikels in der „Kreuzzeitung“ vom 11. Juli „Die Frau und die Politik“ sind mir eine Menge Erwidrerungen, teils anonym, teils aus sozialdemokratischen Blättern, zugegangen, welche u. a. mich fast alle wegen eines von mir gebrauchten Ausdruckes hart angreifen, der, wie ich bereitwillig zugeben will, nicht ganz glücklich gewählt war und daher einer feindlichen Partei einen Angriffspunkt bieten konnte. Ich hatte also gesagt, daß die meisten derjenigen, welche in unserem Volke die Fundamente aller Ordnung, Wohlfahrt und Stärke untergraben und zerstören wollen, eine schlechte Mutter gehabt haben. Aus dem Zusammenhang herausgerissen, mußte dieses Wort ungerechtfertigt erscheinen und eine Zurückweisung herausfordern. Ein Kommentar hierzu erübrigt sich von selbst. Für die Unparteiischen, objektiv Urteilenden ergibt sich aber nach meiner Meinung der Sinn des Wortes durch den Zusammenhang mit dem ganzen Satz und dem Artikel überhaupt, in dem es sich lediglich um den sozialpolitischen Standpunkt handelt. Eine Mutter, die ihre Kinder zu Aufrührern ohne Vaterlandsliebe, ohne Glauben, ohne Königstreue erzieht, handelt in sozialpolitischem und religiösem Sinne schlecht an ihren Kindern und an ihrem Volke, dessen jungen Nachwuchs sie verdirbt, mag ihre Mutterliebe noch so groß, so aufopfernd und so zärtlich sein. Alle die mir zugegangenen Schmähungen zeigen mir zu meiner hohen Befriedigung das eine, daß es mir wirklich geküßt ist, auf eine Waffe hinzuweisen, die den Feind in Unruhe und Sorge versetzt; denn nur so ist die große Erbitterung gegen meinen Artikel zu erklären, und dies ermutigt mich immer aus neue, die Frauen, die national gefinnten Frauen, zur Arbeit am politischen Kampfe aufzufordern.

Die Frau Gräfin täte besser, nicht von Schmähungen zu reden. Wenn irgendwer mit Schmähungen operiert hat, so ist sie es doch selber und ganz allein. Sie befindet sich auch in einem komischen Irrtum, wenn sie glaubt, ihre Schreiberei hätte irgendwen in Unruhe und Sorge versetzt. Sie hat nur wieder einmal gezeigt, was aristokratischer Hochmut sich gegenüber dem „niedrigen Volk“ herauszunehmen getraut und hat so als Beispiel ganz nützlich gewirkt.

Literatur.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Parteibuchhandlung bezogen werden.)

Soeben ist als 51. Band der Internationalen Bibliothek im Verlag von J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart erschienen: *Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich* (1789 bis 1912) von Paul Louis. Autorisierte Uebersetzung von Edwin Kurucz-Schtein. Herausgegeben und mit einer Einleitung versehen von Dr. G. G. C. H. e. i. n. Preis broschiert 2,50 M., gebunden 3 M. — Die französische Gewerkschaftsbewegung hat bisher noch keinen Historiker gefunden; nur einzelne Epochen der gewerkschaftlichen Organisierung des Proletariats sind flüchtig skizziert worden. Das vorliegende Werk soll nun die Aufgabe erfüllen, einen Uebersicht über die ganze Entwicklung der berufswirtschaftlichen Arbeiterorganisationen seit dem Sturze des absolutistischen Regierungssystems zu bieten. Das Werk wird von einer längeren Einleitung des Herausgebers begleitet, die die eigenartigen Verhältnisse bloßlegt, unter denen sich die gewerkschaftliche Bewegung in Frankreich entwickelte und dem Syndikalismus in die Arme geführt wurde. Der Autor hat der deutschen Ausgabe seines Werkes ein Schlußkapitel beigelegt, das den jetzigen Stand der französischen Gewerkschaftsbewegung darstellt. Außerdem bringt ein Anhang die deutsche Uebersetzung der Statuten des Zentralverbandes der Arbeit, sowie die in Vorschlag gebrachten Musterstatuten für die Gewerkschaften und die auf dem Kongreß von Amiens (1906) beschlossene Prinzipienklärung des Syndikalismus.

Wir glauben, daß mit der Herausgabe dieses Buches die Literatur über die Gewerkschaftsbewegung mit einem wertvollen Beitrag bereichert worden ist, und zwar um so mehr, als das Werk gleichsam ein Warnungszeichen davor ist, syndikalistische Fingergespinnste in die deutsche Gewerkschaftsbewegung einzulassen. Wer sich einmal gründlich darüber orientieren will, wie nichtsagend die Phrasen von der „direkten Aktion“, vom „revolutionären Geist der Massen“ usw. sind und wie verberlich die Mißachtung der politischen Arbeit und der systematischen Gewerkschaftsorganisation ist, dem ist die Lektüre aufs dringendste empfohlen.



